



Toastbrot reicht nicht

Die Spaltung zwischen arm und reich auch bei den Alten stand im Fokus einer Veranstaltung der DGB-Senior_innen

Unsere Kolleginnen Jutta Staak und Bettina Wehner-Wübbeking, letztere als Einladende und Gastgeberin des DGB, hatten dazu aufgerufen, an einer Veranstaltung über Senior_innenpolitik teilzunehmen. Sie konnten sogar unsere ehemalige Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze dafür gewinnen, die dazu organisierte Podiumsdiskussion zu moderieren.

Der Saal im Hamburg-Haus in Eimsbüttel war unter den Bedingungen der 3-G-Regel, sprich: unter Einhaltung der Abstandsregeln, gut gefüllt.

So mitten in der heißen Phase des Wahlkampfs hatten es sich die Parteien nicht nehmen lassen, die auf diesem Gebiet ausgewiesenen Sachkundigen zu schicken. Bis auf die Vertreterin der FDP waren alle Abgeordnete der Bürgerschaft oder – wie im Fall des SPD-Vertreters – Mitglied des Bundestages und bis auf den Vertreter der Linken waren alle

auch Betroffene, sprich: bereits im Rentenalter oder knapp davor. Und so konnten die Zuhörenden Details erfahren, über die in der Öffentlichkeit an anderer Stelle eher wenig berichtet wird. Es sind vornehmlich Alltags erleichterungen, die politisch ausgehandelt werden müssen. Das reicht von barrierefreiem Bauen über die Frage, wie der letzte Kilometer von der ÖPNV-Haltestelle bis zur Wohnung zurückgelegt wird bis hin zu Angeboten für einen digitalen „Führerschein“. Aber auch so etwas wie das Unverständnis darüber, dass es bspw. in Sachen Kreditvergabe bei den Banken Altersdiskriminierungen gebe, war Gegenstand der Debatte. Da müsse man gesetzgeberisch initiativ werden, so die Vertreter_innen unisono.

Allen damit verbundenen Forderungen war gemeinsam, dass die Vertreter_innen der Parteien dies als berechtigte Anliegen ansahen und somit die Diskussion

eher konsensual verlief. Eine Kontroverse, die später schärfere Konturen bekommen sollte, deutete sich an, als zunächst über den Vorschlag eines 365-Tage-1 Euro-Tickets für den ÖPNV und später über eine so genannte Kulturkarte für Alte, die verbilligten Eintritt für alle Einrichtungen, Veranstaltungen und Auführungen ermögliche, diskutiert wurde. Während die Mehrheit auf dem Podium dies für eine gute Idee hielt, sprach sich die FDP-Vertreterin dagegen aus. Sie habe grundsätzlich etwas gegen das Gießkannenprinzip, da es ja genug ältere Menschen gebe, die dank hoher Einkommen sich auch höhere Fahrpreise und auch reguläre Eintrittspreise erlauben könnten. Da bedürfe es keiner zusätzlichen Subventionierung. Dieser Einschätzung wurde nicht widersprochen und so ließ die eigentliche Kontroverse noch auf sich warten. Wo aber keine echte Kontroverse die



Foto: h1z

V. l. n. r.: Dr. Matthias Bartke, SPD, MdB, Vorsitzender des Bundesausschusses für Arbeit und Soziales; Christa Möller-Metzger, Bündnis 90/Die Grünen, Sprecherin für Senior_innenpolitik in der Bürgerschaftsfraktion; Moderatorin Anja Bensinger-Stolze (Mitglied im Bundesvorstand der GEW); Andreas Grutzeck, CDU, MdHB, Fraktionssprecher für Senior_innen, Arbeit und Soziales; Deniz Çelik, Linke, MdHB und Listenplatz 2; Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft; Birgit Wolff, FDP, Landesvorstandsmitglied und Fachsprecherin für Senior_innen

Spucke weg!

Dass bei niedrigen Löhnen die Renten entsprechend niedrig ausfallen – dem konnte und wollte niemand der Podiumsteilnehmer_innen widersprechen. Es mutete allerdings etwas merkwürdig an, als der SPD-Vertreter Barthke, wohl auch, um daran zu erinnern, dass man sich im Wahlkampfmodus befindet, auf den Mindestlohn zu sprechen kam. Seiner Partei sei es zu verdanken, dass dieser gegen viele Widerstände eingeführt worden sei. Und er setze hinzu: Und dies seinerzeit selbst gegen die Stimmen der Linken.

Dem Chronisten blieb dabei ein bisschen die Spucke weg. Wem das Langzeitgedächtnis noch nicht vollends abhandengekommen ist, weiß, dass die Forderung nach einem Mindestlohn jahrelang von der Linken gestellt wurde und die SPD in der Ägide Schröder sich klar dagegen aussprach. In der WELT vom 23.4.2004 heißt es unter dem Titel „Mindestlohn für Bundesregierung kein Thema“ noch unmissverständlich: „Der von SPD-Chef Müntefering erwogene gesetzliche Mindestlohn stößt in der eigenen Partei auf Skepsis. Bundeskanzler Schröder und Wirtschaftsminister Cle-

ment lehnen die Einführung ab.“ Es dauerte dann noch zehn (!) Jahre, bis die SPD mit Wirkung zum 1. Januar 2015 in der Großen Koalition den Mindestlohn durchsetzte. Die Abgeordneten der Linken im Bundestag hielten einen höheren Betrag für sinnvoll und vertretbar. Deshalb stimmten sie dagegen.

Auf die Podiums-Debatte bezogen lässt sich ergänzend bemerken, dass SPD-Vertreter Barthke, der das Erfolgsmodell Mindestlohn für seine Partei reklamiert hatte, darauf verwies, dass seine Partei aktuell 12 Euro (Slogan: „Als Zeichen des Respekts“) ins Wahlprogramm geschrieben habe. Der Abgeordnete der Linken, Deniz Çelik, verwies als Reaktion darauf hin, dass seine Partei 13 Euro fordere, weil dies der unterste Satz sei, mit dem man später etwas über der Grundsicherung liege.*

*Wenn Beschäftigte eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung erhalten sollen, müssen sie – laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von DIE LINKE – mindestens 12,21 Euro pro Stunde verdienen. JG

Diskussion bestimmt, kann man keinen hohen Aufmerksamkeitspegel erwarten.

Zündfunke Alterssicherung

Das änderte sich, als man auf die großen Probleme zu sprechen kam. Und dies leitete die Moderatorin mit der Frage an die Podiumsteilnehmer_innen ein, ob denn das derzeitige Rentenniveau von 48 Prozent den jeweiligen Ansprüchen der von ihnen vertretenen Parteien genüge? Während der SPD- und CDU-Vertreter über die demografische Entwicklung und den damit verbundenen hohen Kosten lamentierte, was bereits jetzt den Bund 100 Milliarden an Zuschüssen koste und deshalb Erhöhungen, wenn überhaupt, nur in sehr kleinem Umfang denkbar seien, kam der Abgeordnete der Linken sehr schnell auf die Verteilungsproblematik zu sprechen: Solange es einen Niedriglohnssektor gebe, brauche man über Prozentpunkte im Detail nicht zu sprechen. Seine Partei habe ein umfangreiches Konzept zur Umverteilung von

Einkommen und Vermögen vorgelegt. Wenn man die Richtigen zur Kasse bitte, sei auch die Finanzierung höherer Renten kein Problem, so der Bürgerschafts-abgeordnete. Er verwies zudem auf die Nachbarstaaten wie Italien, Frankreich oder Österreich, die bekanntermaßen über deutlich höhere Prozentanteile verfügten. Als Aperçu verwies er darauf, dass zu Kohls Zeiten der Anteil noch bei 54 Prozent gelegen habe. Ansonsten stehe die Linke für eine staatliche Daseinsvorsorge, die von allen solidarisch getragen werden müsse.

Die Abgeordnete der Grünen ließ sich gar nicht auf das Zahlenspiel ein, sondern zielte direkt auf die Struktur der gesamten gesetzlichen Altersvorsorge. Solange nicht alle Einkommensbezieher_innen in diese einzahlen, könne weder von Gerechtigkeit gesprochen werden noch könne man dauerhaft von einer soliden Finanzierung der Renten ausgehen. Es müssten alle, eben auch Selbständige und Beamt_innen, in eine Kasse einzahlen, die dann

den Namen Bürger_inversicherung verdiene. Und dies ohne Beitragsbemessungsgrenze. Dies garantiere dann auch die solide Finanzierung deutlich höherer Renten.

Einen ganz anderen Akzent dagegen setzte die FDP-Vertreterin. Sie stellte die Eigenverantwortung in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Wer es in den aktiven Jahren seiner Erwerbsbiografie nicht schaffe, genügend Geld für seine Altersvorsorge zur Seite zu legen oder eben sich Vermögen anzueignen, von dem er später leben könne, dürfe nicht erwarten, dass, wenn es soweit sei, die Solidargemeinschaft für dieses Versäumnis aufkomme. Sie als ehemalige Selbständige habe häufiger Phasen in ihrem Leben gehabt, wo sie sich die Rücklagen für ihr Alter quasi vom Munde abgespart habe. Die Packung Toastbrot habe dann eben etwas länger reichen müssen, so ihre bildhafte Erklärung. An ihrem 40-jährigen Sohn dagegen erkenne sie, dass diese Generation ganz anders denke.

Was solle er sich jetzt schon Gedanken über sein Alter machen, vielleicht werde er ja gar nicht so alt, gab sie seine Meinung kund. Auf jeden Fall sei es ihr durch ihre private Vorsorge gelungen, dass sie heute eine Aderhalbzimmerwohnung ihr Eigen nennen dürfe, was ihr finanziell ausreichend Spielraum verschaffe.

Bezahlbares Wohnen

Damit war man beim Thema Wohnen angelangt. Dass die exorbitanten Mieten, vor allem in den Ballungszentren, eine der größten Herausforderungen an die Politik seien, darüber war man sich auf dem Podium weitgehend einig. Selbst der CDU-Vertreter sprach von großen Versäumnissen seiner Partei. Der SPD-Repräsentant dagegen betonte, dass es in Hamburg seit

Scholz' Regentschaft gelungen sei, ein sehr ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm auf den Weg zu bringen, das früher oder später dazu führen werde, dass der Druck auf dem Wohnungsmarkt nachlasse. Dann würden auch die Mieten sinken.

Teufelskreis

Dem Vertreter der Linken war es zu verdanken, dass es nicht bei einer isolierten Betrachtung der angesprochenen Probleme blieb. Er verwies einerseits auf den gewachsenen Niedriglohnssektor bzw. darauf, dass die insgesamt zu niedrigen Löhne der unteren Einkommensgruppen notwendig niedrige Renten nach sich zögen. Wenn dann immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfielen als nachgebaut würden, was seit einiger

Zeit der Fall sei, gehe dies nicht nur auf Kosten der niedrigen Einkommensbezieher_innen, zu denen eben wegen der niedrigen Renten auch viele Alte gezählt werden müssten, sondern gleichzeitig auf Kosten der jungen Leute, die sich selbst bei durchschnittlichem Verdienst weder die Mieten mehr leisten könnten noch - und damit sei man wieder beim Thema - Vorsorge für das Alter treffen könnten.

Gemessen an diesen großen Themen war es dann eher amüsant, als die Rede plötzlich auf die E-Scooter kam: Die stünden überall auf den Gehwegen und bildeten gerade für ältere Menschen Stolperfallen. Die müssten wieder weg! Niemand widersprach.

JOACHIM GEFFERS

VORSCHULE

Spurensicherung

Nach den Ferien ist vor den Aktionen

Trotz der – wie jedes Jahr – anstrengenden Anfangstage im neuen Schuljahr mit allen damit zusammenhängenden jährlich wiederkehrenden Einschulungsvorbereitungen für die neuen Vorschulkinder in der wieder neuen Klasse – hat sich der ‚Arbeitskreis Vorschule‘ zusätzlich sofort in die Planungen für weitere Aktionen gestürzt.

Auf den offenen Brief an den Senator, der vor den Ferien von zwei Vorschulkolleginnen an den Landesschulrat übergeben wurde, hat der Arbeitskreis einen sehr ausführlichen Antwortbrief von Herrn Altenburg-Hack erhalten.

Darin wurden viele Fragen aufgegriffen und manche sehr erhellende Auskunft erteilt. Das hat uns durchaus gefreut – auch wenn nicht alle Antworten zu-

friedenstellend waren.

Mit Blick auf die anstehende Tarifrunde werden wir ab September mit Aktionen starten, die



die Vorschule und die Vorschullehrkräfte und ihre Benachteiligung gegenüber der Grundschule in vielen Bereichen – besonders in der Bezahlung – in das Bewusstsein der Lehrerkolleg_in-

nen und auch der Öffentlichkeit rücken.

Wir fühlen uns zusätzlich durch Herrn Altenburg-Hack motiviert, der in seinem Brief schrieb: „Die höhere Eingruppierung ... liegt ... nicht im Ermessensspielraum der ... Schulbehörde. (...) Als Gewerkschaft liegt es ... in Ihrer Hand, dieses Thema aktiv in die Tarifverhandlungen einzubringen (...)“

Das werden wir tun!!

Und dafür bitten wir auch alle Lehrerkolleg_innen um solidarische Unterstützung!

Sehr bald geht es los – die Spur wird wieder aufgenommen...!

Wir starten voller Kampfgeist in die aktuelle Tarifrunde!

KERSTIN MÖGLE
Für den ‚Arbeitskreis Vorschule‘